

# Zurück in die Zukunft?

## Atomwaffen und europäische Sicherheit

Oliver Thränert

**Das vermutlich in wenigen Monaten bevorstehende Ende des INF-Vertrages über das Verbot US-amerikanischer und russischer landgestützter nuklearfähiger Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 km hat eine unvorbereitete deutsche (und europäische) Öffentlichkeit aufgeschreckt.**

**D**roht nun wieder der Atomtod? Will Russland die NATO mit Kernwaffen angreifen? Rüsten die USA unter Donald Trump wieder nuklear auf, darunter auch in Europa? Wo bleibt die Rüstungskontrolle? Was sollte Deutschland tun? Diese Fragen finden in wachsendem Maße Eingang in die öffentliche Debatte. Es lohnt daher, einige Hintergründe der aktuellen Entwicklungen etwas eingehender unter die Lupe zu nehmen.

Ganz grundsätzlich gilt, dass die internationale Politik wieder zunehmend von Großmächtekonkurrenz geprägt ist. Die USA und Russland sind dabei diejenigen Kontrahenten, die nach wie vor über etwa 90 Prozent aller Atomwaffen weltweit verfügen. In beiden Ländern wächst die Bedeutung von Nuklearwaffen für ihre militärischen Planungen. Doch auch China, das sich über viele Jahrzehnte eine bemerkenswerte atomare Zurückhaltung auferlegte, rüstet atomar auf. Dies gilt ebenfalls für Indien und Pakistan. Die nukleare Landkarte ist daher im Vergleich zum Kalten Krieg wesentlich komplexer geworden. Rüstungskontrolle hat es vor diesem Hintergrund sehr schwer.

### Russlands Militärdoktrin: große Rolle für Kernwaffen

Im russischen militärischen Denken werden informelle Mittel – also die Beeinflussung vor allem der westlichen Öffentlichkeit – sowie Drohkulissen mittels konventioneller und atomarer Waffen als eine Einheit betrachtet. Ziel ist es, dem Gegner möglichst ohne Ge-

waltanwendung seinen Willen aufzuzwingen. In diesem Zusammenhang sind auch Moskaus Verstöße gegen den INF-Vertrag zu werten. Die Stationierung des neuen Marschflugkörpers vom Typ SSC-8 soll innerhalb der NATO Unruhe stiften. Die mit der Bereitstellung der neuen Waffe einhergehende Intransparenz zielt darauf ab,

gedankliches Konstrukt des gleichzeitigen Vorgehens in verschiedenen Domänen. Moderne, nichtatomare Präzisionswaffen und Kernwaffen (vor allem solche mit kürzeren, nichtstrategischen Reichweiten) werden von Russland konzeptionell, doktrinär, organisatorisch und operationell als eine Einheit betrachtet. Die Stationierung von Trägersystemen, die sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe tragen können, erfolgt bewusst mit dem Ziel, beim Gegner vom ersten Augenblick eines Konflikts an nukleare Unsicherheit auszulösen. Dies soll einerseits Moskaus Abschreckungsfähigkeit angesichts einer als militärtechnologisch überlegen angesehenen NATO stärken; andererseits will Russland

Foto: MoDRu



**Moskau gibt zu, einen neuen Marschflugkörper (im Bild die SSC-8) zu besitzen, behauptet jedoch, dieser habe eine Reichweite von weniger als 500 km, sei mithin mit dem INF-Vertrag vereinbar.**

Amerika und Europa zu entzweien. Moskau gab zwar zu, einen neuen Marschflugkörper zu besitzen, behauptet jedoch, dieser habe eine Reichweite von weniger als 500 km, sei mithin mit dem INF-Vertrag vereinbar. Kernwaffen sind jedoch für Moskau keineswegs nur im Sinne des Informationskrieges interessant. Auch bei den militärischen Planungen werden sie immer wichtiger. Im russischen militärischen Denken gibt es keine Eskalationsleiter, der zufolge ein Kernwaffeneinsatz erst nach einer längeren Auseinandersetzung mit konventionellen Waffen stattfände. Vielmehr dominiert ein

auf diese Weise die eigene Eskalationsdominanz sichern.

Aus NATO-Sicht ist diese Entwicklung besonders in einem Szenario problematisch, in dem Russland etwa in einem regionalen Konflikt (zum Beispiel in und um das Baltikum) die Allianz mittels nuklearer Drohungen daran zu hindern versuchte, massive militärische Kräfte an den Schauplatz der Auseinandersetzung zu verlegen. Raketen oder Marschflugkörper mit mehr als 500 km Reichweite würden es Moskau überdies gestatten, wichtige Knotenpunkte des Bündnisses wie Kommando- und Kommu-

### Autor

**Dr. Oliver Thränert** leitet den Thinktank am Center for Security Studies der ETH Zürich und ist Non-Resident Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.



Grafik: maxwibo-media

**Im INF-Vertrag sind Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 km verboten.**

nikationszentralen sowie Flugplätze und Häfen tief im NATO-Gebiet schon sehr früh in einem Konflikt nuklear zu bedrohen und die europäische womöglich von der amerikanischen Sicherheit abzukoppeln. Denn die NATO hätte derzeit kaum die Fähigkeit, einen begrenzten, nichtstrategischen nuklearen Gegenschlag anzudrohen. Auch wenn Russland einen Atomkrieg in Europa nicht anstrebt, will es ihn doch, sollte er stattfinden, gewinnen können.

Daher modernisiert Russland seine nicht-strategischen atomaren Fähigkeiten, insbesondere bei der Marine. Der sowohl konventionell als auch nuklear einsetzbare Marschflugkörper vom Typ Kalibr wird auf U-Booten und Überwasserschiffen stationiert. Ebenso werden mit nichtstrategischen Kernwaffen (Fallbomben und Marschflugkörper) ausstattbare Flugzeuge modernisiert. Schließlich gehören in dieses Spektrum neue landgestützte ballistische Raketen wie die Iskander-M oder der bereits erwähnte Marschflugkörper vom Typ SSC-8, mit dessen Stationierung Russland gegen den INF-Vertrag verstößt.

Bei den strategischen Kernwaffen, also jenen mit Reichweiten von mehr als 5.500 km, verfolgt Russland seit geraumer Zeit ebenfalls zielstrebig eine umfassende Modernisierung seines Arsenal. Moskau ist dabei, alle Interkontinentalraketen, die noch aus der Sowjetära stammen, durch neue zu ersetzen. Die Anzahl dieser Trägersysteme dürfte nicht wachsen, auch aus Kostengründen. Russland möchte dies aber kompensieren, indem es neue Raketentypen wie die bereits getestete RS-24 Sarmat mit womöglich bis zu 24 Sprengköpfen ausstattet. Hinsichtlich Russlands seegestützten strategischen nuklearen Streit-

kräften werden U-Boote und auf ihnen stationierte ballistische Fernraketen erneuert und mit mehr nuklearen Sprengköpfen bestückt. Auch Moskaus strategische Bomberflotte einschließlich luftgestützter Marschflugkörper wird modernisiert. Besonders stolz ist Russlands Präsident Putin auf strategische Waffen einer neuen Generation. So wurde im Januar 2019 ein von einer Rakete gestartetes Gleitsystem, das in Hochgeschwindigkeit gegnerische Raketenabwehrsysteme ausmanövrieren können soll, offenbar erfolgreich getestet. Die USA hinken bei der Entwicklung entsprechender Plattformen hinterher.

### Donald Trump: atomare Modernisierung

Der ehemalige US-Präsident Barack Obama wollte die Bedeutung der Kernwaffen für die amerikanischen militärischen Planungen so weit wie möglich reduzieren. In seiner Rede vor der Prager Burg im April 2009 kündigte er sogar konkrete Schritte in Richtung einer atomwaffenfreien Welt an. Viele Beobachter übersahen indes, dass Obama zugleich betonte, das US-Nuklearwaffenarsenal müsse, solange diese Waffen existierten, sicher, effektiv und zuverlässig sein. Daher liefen eine Reihe von nuklearen Modernisierungen bereits während der Obama-Ära an. Teils, weil der Präsident den Republikanern im US-Kongress entsprechende Zugeständnisse hatte machen müssen, um die Ratifikation des Neu-START-Abkommens zur Begrenzung strategischer amerikanischer und russischer Atomwaffen zu ermöglichen; teils, weil den US-Atomwaffen nach Ende des Kalten Krieges jahrelang wenig Aufmerksamkeit

zu Teil geworden war. In der Tat stammt die neueste landgestützte US-Interkontinentalrakete aus dem Jahr 1971; der neueste nukleare Sprengkopf wurde 1989 bei den amerikanischen Streitkräften eingeführt.

Die erforderlichen Modernisierungen des US-Atomwaffenarsenals will Donald Trump forcieren. Dabei verweist er auf eine veränderte Sicherheitslage: Die USA und ihre Verbündeten würden in zunehmendem Maße sowohl von Russland als auch China herausgefordert. Weder Moskau noch Peking seien dem Bemühen der USA gefolgt, die Rolle von Nuklearwaffen oder ihre Anzahl zu reduzieren. Vielmehr seien beide in die entgegengesetzte Richtung marschiert. Mittels der US-Kernwaffen sollen vor allem gegnerische Atomwaffeneinsätze abgeschreckt werden. Auch künftig sollen Kernwaffen nur unter extremen Bedingungen zur Verteidigung vitaler Interessen der USA oder ihrer Verbündeten eingesetzt werden.

Die USA wollen ihre nukleare strategische Triade bestehend aus land- und seegestützten ballistischen Raketen sowie Fernbomben und luftgestützten Marschflugkörpern beibehalten. Bei allen diesen Trägersystemen stehen Neubeschaffungen an. So werden die U-Boote der „Ohio“-Klasse durch neue der „Columbia“-Klasse ersetzt. Die landgestützten Minuteman-Raketen werden ebenfalls von einem neuen System abgelöst. Ferner sollen die B-52H-Bomber, ausgestattet mit luftgestützten Marschflugkörpern, sowie die B-2A-Bomber zugunsten des neuen B-21-Bombers ausgemustert werden. Die Luftflotte wird zudem einen weitreichenden neuen Marschflugkörper erhalten. Die Gesamtanzahl der amerikanischen Kernwaffen soll sich zwar nicht erhöhen, aber auch bei den nuklearen Sprengköpfen stehen Modernisierungen an.

Überdies sollen die in Europa stationierten, konventionell wie nuklear einsetzbaren Kampfflugzeuge der Typen F-15E und F-16 durch F-35A ersetzt werden. Im Zuge der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO werden diese Plattformen vor allem von Verbündeten bereitgestellt, um im Kriegsfall amerikanische, in Europa gelagerte nukleare Fallbomben vom Typ B61 einzusetzen. Eine kleine Anzahl nuklearer Sprengköpfe auf U-Booten soll mit einer Option für den Einsatz mit geringerer Sprengkraft ausgerüstet werden. Dies soll die Rückversicherung der US-Alliierten in Europa wie auch in Asien im Angesicht der Bedrohungen aus Russland, China und Nordkorea stärken. Keine dieser Mächte soll glauben, dass die USA auf eine begrenzte nukleare Eskalation ihrer Gegner nur die Möglichkeit hätten, mit einem umfassenden strategischen Nuklearschlag zu

# Europäische Sicherheit & Technik

Die führende Monatszeitschrift für Sicherheitspolitik und Wehrtechnik



Wählen Sie zu Ihrem Jahresabonnement eine unserer attraktiven Werbepremien aus!

(Nur für Neu-Abonnenten.)

► **Ballistische Schutzbrille von Wiley X: Saber Advanced Smoke (Matte Black Frame)**



► **Der Reibert**  
Das Handbuch für den deutschen Soldaten  
902 Seiten, Taschenformat



► **Wehrtechnischer Report Soldat und Technik 2019**

Die Auslieferung der Prämie erfolgt, sobald die erste Abonnementrechnung beglichen ist.

Bestellung mit Bestellschein (Post oder Fax), oder per e-Mail an [info@mittler-report.de](mailto:info@mittler-report.de)

**Jahresabo € 78,00** (zzgl. € 11,50 Versand / Inland)  
(für Bundeswehr, Reservisten, GSP- und IDLw-Mitglieder, Schüler, Studenten € 58,00 zzgl. € 11,50 Versand / Inland)

**Probekurzabo € 16,40** (inkl. Versand)  
(3 Ausgaben; das Probeabo endet automatisch nach Erhalt des letzten Heftes)

## Ja, ich bestelle ES&T

- im **Probekurzabo** ohne Prämie zu € 16,40 (inkl. Versand)  
(3 Ausgaben ohne automatische Verlängerung; Dieses Angebot kann nur einmal pro Kalenderjahr in Anspruch genommen werden.)
- im **Jahresabo** mit Prämie zu € 78,00 (zzgl. € 11,50 Versand)
- im Jahresabo für Bundeswehr, Reservisten, GSP- und IDLw-Mitglieder, Schüler, Studenten (bitte Nachweise) für € 58,00 (zzgl. € 11,50 Versand)

### Bitte wählen Sie Ihre Prämie aus:

- Ballistische Schutzbrille von Wiley X: Saber Advanced Smoke (Matte Black Frame)
- Der Reibert
- Wehrtechnischer Report „Bekleidung und persönliche Ausrüstung – Sachstand und internationale Trends“

### Absender

Bei **nicht dienstlichen** Bestellungen bitte die Privatadresse angeben und ggf. die abweichende Lieferanschrift zusätzlich eintragen.

Name, ggf. Dienstgrad

ggf. Firma / Institution / Dienststelle

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

### Widerrufsbelehrung

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die erste Ware in Besitz genommen haben bzw. hat. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Mittler Report Verlag GmbH, Baunscheidtstraße 11, D-53113 Bonn, Tel.: 0228/ 3500870, Fax: 0228/ 3500871, E-Mail: [info@mittler-report.de](mailto:info@mittler-report.de)) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

**Folgen des Widerrufs:** Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Waren wieder zurückerhalten haben oder bis Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Waren zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.

Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden. Wir tragen die Kosten der Rücksendung der Waren. Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist.

**Hiermit bestätige ich, dass ich mein Widerrufsrecht zur Kenntnis genommen habe.**

Datum, 2. Unterschrift

**MITTLER REPORT VERLAG GMBH**  
Baunscheidtstraße 11 · 53113 Bonn  
Fax 0228 - 3500871

reagieren. Denn dessen Androhung wäre wegen der dann zu befürchtenden massiven Verwüstungen unglaublich. Die amerikanische nukleare Abschreckung wäre also geschwächt. Daher seien glaubwürdige, begrenzte nukleare Optionen erforderlich. Kritiker befürchten indes, dass durch „kleine“ Atomwaffen die Schwelle zu ihrem Einsatz sinken könne. Ob die Trump-Administration vom US-Kongress die Mittel für die Anschaffung nuklearer Sprengköpfe mit begrenzter Wirkung zugesprochen bekommt, ist keineswegs ausgemacht. Dies gilt ebenfalls für Bestrebungen des Weißen Hauses, künftige landgestützte nukleare Marschflugkörper in Europa zu stationieren.

### Die Krise der Rüstungskontrolle

Angesichts dieser Rüstungsprozesse sowie wachsender nuklearer Unsicherheit ist die Wiedergeburt der Rüstungskontrolle überfällig. Gerade mit Blick auf Europa erlebte sie während der siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ihre Höhepunkte. Der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 sah vor, Verhandlungen mit der damaligen Sowjetunion über US-amerikanische Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper zu beginnen, die noch gar nicht in Europa stationiert worden wa-



Foto: Archiv ES&T

**Moskau ist dabei, alle Interkontinentalraketen, die noch aus der Sowjetära stammen, durch neue zu ersetzen und neue Raketentypen wie die bereits getestete RS-24 Sarmat mit womöglich bis zu 24 Sprengköpfen ausstatten.**

nicht mehr der Schreck über die nur mit viel Glück überstandene Kuba-Krise von 1962 im Nacken. Von Trump über Putin zu Xi Jinping herrscht die Vorstellung vor, dass Atomwaffen Instrumente eigener Stärke sind, keine Waffen, die aufgrund ihrer schier unvorstellbaren Vernichtungswirkung ein Gespür gemeinsamer Verantwortung erforderlich machen. Gerade dies ist aber der Kern der Rüstungskontrolle: Aus wohlverstandenen Eigeninteresse heraus die Sicherheitsinteressen des Gegenübers immer mitzudenken, um so das gemeinsame Überleben zu sichern. Von ihrem gesellschaftlichen Umfeld werden die Herrschenden kaum gefordert. Teils, weil es sich um Autokratien mit bestenfalls ein-

liberalen Weltordnung abgemeldet. Rüstungskontrolle war aber immer Teil dieser Ordnung. Trump geht es heute nicht um für alle vorteilhafte Kompromisse in einer internationalen Gemeinschaft, sondern um den eigenen Sieg in einer auf Kampf angelegten Arena. Die Lücke, die die USA hinterlassen, wird weder von Russland noch vom sonst nach mehr internationaler Ordnungsmacht strebenden China gefüllt. Moskau macht nicht nur keinerlei Anstalten, sich um die Rüstungskontrolle zu bemühen, sondern verstößt schamlos gegen existierende Abkommen, siehe INF-Vertrag. Peking wiederum betrachtet Rüstungskontrolle als Machtspiel, von dem es sich besser fernhält, solange sein Atomwaffenarsenal wesentlich kleiner ist als das amerikanische oder das russische.

Drittens hat sich die nukleare Landkarte grundlegend verändert. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow unterzeichnete noch 1987 den INF-Vertrag, der nicht nur die SS-20-Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der Sowjetunion verbot, sondern auch die im asiatischen. Gorbatschow konnte sich dies noch leisten, war die atomare Herausforderung aus China doch noch überschaubar. Im 21. Jahrhundert wird Asien jedoch eine viel wichtigere Rolle spielen als im 20. Dies gilt auch nuklear. Sowohl China als auch Indien und Pakistan rüsten massiv auf, vom Sonderfall Nordkorea einmal ganz abgesehen. Daher wird sich Rüstungskontrolle nicht mehr auf die USA, Russland und Europa beschränken können. Sowohl die USA als auch Russland müssen die nuklearen Entwicklungen in Asien immer mitbedenken. Daher müsste künftige Rüstungskontrolle multilateral angelegt werden. Dies macht sie jedoch alles andere als einfach. Viertens kann sich Rüstungskontrolle nicht mehr weitgehend isoliert auf Kernwaffen konzentrieren. Während des Kalten Krieges hatten die USA und die Sowjetunion auf Raketenabwehr verzichtet. Heute ist sie ein wesentlicher Bestandteil militärischer

Foto: USAF



**Die Amerikaner ersetzen ihren alten B-52H-Bomber, ausgestattet mit luftgestützten Marschflugkörpern, sowie die B-2A-Bomber durch den Stealth-Bomber B-21.**

ren. Von einer solchen vorausschauenden, ja geradezu revolutionären Herangehensweise an nukleare Gefahren sind wir heute meilenweit entfernt. Vier Gründe sind dafür ausschlaggebend. Erstens verblasst die Erinnerung an die Atombombeneinsätze von Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Den derzeitigen politisch Verantwortlichen sitzt auch

geschränkter öffentlicher Debatte handelt; teils, weil in der Öffentlichkeit in Demokratien – jedenfalls in Europa – die nuklearen Gefahren zu sehr mit dem Kalten Krieg identifiziert wurden und so der Eindruck entstand, seit dem Ende desselben seien auch die atomaren Bedrohungen gebannt. Zweitens haben sich die USA unter Donald Trump vorerst als Führungsmacht einer

Planungen. Es wird daher keine neue Rüstungskontrolle geben, die Raketenabwehr unberücksichtigt lässt. Ferner wirken moderne Technologien wie Cyberwaffen auf die strategische Balance ein, können dadurch doch Frühwarnsatelliten ausgeschaltet oder andere Angriffe mit strategischer Wirkung ausgeführt werden.

Selbst falls sich in den USA ein erneuter Wandel vollzöge und Washington die Rüstungskontrolle als Element einer Weltordnungspolitik wiederentdeckte, und selbst falls es gelänge, Moskau, Peking und weitere atomare Akteure für eine solche Politik zu gewinnen: Rüstungskontrolle wäre ein außerordentlich schwieriges und komplexes Unterfangen, von dem keine schnellen und umfassenden Ergebnisse zu erwarten wären.

## Folgen für Deutschland und Europa

Vor dem geschilderten Hintergrund ist die deutsche Politik mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Sie beinhalten überdies eine Reihe von Zielkonflikten. Ohne alle Probleme hier erschöpfend zu analysieren, können einige Leitplanken gesetzt werden.

Erstens darf sich die deutsche Politik nicht von russischen Drohungen einschüchtern oder von Moskauer Desinformationskampagnen in die Irre führen lassen. Mit der eigenen Öffentlichkeit bedarf es einer klaren Kommunikation, die Panikmache vermeidet. Dazu gehört es, zu erklären, dass die Ursache des vermutlichen Endes des INF-Abkommens die russische Vertragsuntreue ist. Dies gilt, auch wenn die Trump-Administration weder als Freund der Rüstungskontrolle noch sonstiger internationaler Vereinbarungen je in Erscheinung getreten ist.

Zweitens muss die NATO weiterhin allen Widrigkeiten zum Trotz zusammengehalten werden. Dies ist bislang gerade mit Blick auf die russischen INF-Vertragsverstöße gut gelungen. Eine mögliche Stationierung amerikanischer nuklearer Waffen in Deutschland und anderen europäischen NATO-Ländern sollte zwar möglichst vermieden, aber auch nicht vorschnell ausgeschlossen werden. Zum einen mit Blick auf Russland, um den Eindruck eigener Schwäche zu vermeiden; zum anderen unter Berücksichtigung des Allianzzusammenhalts. Polen und möglicherweise weitere osteuropäische NATO-Partner würden die Stationierung amerikanischer Kernwaffen auf ihren Territorien begrüßen. Eine deutsche Frontstellung gegen diese Länder würde Berlin in der NATO isolieren, die bilateralen Beziehungen zu Polen und anderen Statio-

nierungswilligen schwer belasten und den NATO-Zusammenhalt gefährden.

Drittens muss Deutschland der Einsicht folgen, dass eine rein europäische nukleare Abschreckung kaum glaubwürdig zu gestalten wäre. Gerade weil Moskau mit seinen konventionell wie nuklear bestückbaren Trägersystemen vom ersten Augenblick eines Konfliktes an beim Gegner nukleare Unsicherheit auslösen will, bedarf es auf westlicher Seite robuster Reaktionsfähigkeiten. Diese können bis auf Weiteres einzig die USA bereitstellen. Frankreich wie auch Großbritannien sind aufgrund des Umfangs und der Zusammensetzung ihrer Nukleararsen-

innerhalb der NATO aufrechterhalten und gestärkt wird. Deutschland ist dabei das Schlüsselland. Bei der bevorstehenden Entscheidung hinsichtlich des baldigen Ersatzes des Tornado-Kampfflugzeuges in seiner Rolle als Träger amerikanischer Kernwaffen darf daher nicht der Eindruck entstehen, dass Berlin diese Fähigkeit möglicherweise zur Disposition stellen könnte. Angesichts der nuklearen Aufrüstung Russlands mit Waffen, die weit nach Westeuropa hineinwirken können, sollte auch Deutschland (und seine Partner in der NATO) die Fähigkeit haben, zum Zwecke der nuklearen Gegendrohung tief und zuverlässig in den



Foto: USAF

**Die U.S. Airforce testet derzeit die neue nukleare Fallbombe B61-12, die wohl in Zukunft in Europa stationiert wird.**

ale dazu nicht in der Lage. Wollte man dies ändern, müssten sich weitere europäische Staaten, darunter vor allem Deutschland, an der Finanzierung des Ausbaus der französischen und britischen nuklearen Fähigkeiten beteiligen. In diesem Zusammenhang könnte dann auch über eine europäische nukleare Teilhabe nachgedacht werden, also etwa die Stationierung französischer Nuklearwaffen auf deutschem Boden, die im Kriegsfall von deutschen Flugzeugen eingesetzt würden. Ob Paris (oder auch London) je zu einer entsprechenden Erweiterung ihrer nuklearen Verantwortung bereit wären, steht in den Sternen.

Überdies stellte sich die Frage nach dem politischen Rahmen einer solchen europäischen Nuklearabschreckung. Die Europäische Union käme dafür angesichts des möglicherweise bevorstehenden Austritts Großbritanniens einerseits und der grundsätzlich antinuklearen Affekte einiger neutraler Mitgliedstaaten andererseits nicht infrage.

Viertens kommt gleichwohl Frankreich wie auch Großbritannien eine wichtige nukleare Rolle in und für Europa zu. Paris und London können diese jedoch nur entfalten, wenn zugleich die nukleare Teilhabe

russischen Luftraum eindringen zu können. Fünftens wird die Bedeutung von Raketenabwehr für die europäische Sicherheit zunehmen. Punktverteidigung und Schadensbegrenzung auch gegen russische Raketenangriffe müssen das Ziel sein. Dies bedeutet, das NATO-Mantra, wonach Raketenabwehr nicht gegen Moskau gerichtet ist, aufzugeben. Es bedarf eingehender Überlegungen, wie Raketenabwehr stabilitätsfördernd in Europa wirken kann.

Sechstens ist Deutschland bekannt als starker Unterstützer der Rüstungskontrolle. Dem sollte Berlin treu bleiben und wo immer möglich für die Rüstungskontrolle werben. Ideal wäre angesichts des derzeitigen weitgehenden Ausfalls der USA als rüstungskontrollpolitischer Akteur eine enge Zusammenarbeit mit den beiden europäischen Nuklearmächten Frankreich und Großbritannien. Beide haben sich bislang zurückgehalten. Aber vielleicht wächst ja auch in Paris und London – so wäre zu hoffen – die Einsicht, dass ein Überleben im Nuklearzeitalter nicht nur durch glaubwürdige Abschreckung gewährleistet wird, sondern auch Rüstungskontrolle als politisches Instrument zur Herstellung von Stabilität dringend nötig ist. ■